

GÖTTINGER BLÄTTER

05.2020

Herausgeber: Die LINKE. ☆ Rotes Zentrum e.V. ☆ DKP ☆ FG BRD-Cuba ☆ VVN/BDA ☆ GROBIAN ☆ Göttinger Linke

► Aus der Geschichte lernen! Der 8. Mai muss endlich ein Feiertag werden!

Offener Brief an die Regierenden und alle Menschen,
die aus der Geschichte lernen wollen



Esther Bejarano, Überlebende der KZ Auschwitz und Ravensbrück zum 27. Januar 2020: Dass Auschwitz nie wieder sei – und dieses Land sich ändern muss

„Falls man dem Menschen die Möglichkeit geben will, aus der Geschichte zu lernen, wäre die erste Voraussetzung, dass er sich dieser Geschichte erinnert. Aber leider vergisst er so leicht, und oft vergisst er gerade die entscheidenden Lektionen.“

(Lukas Bärfuss, Büchner-Preis-Rede 2019)

**Sehr geehrter Herr Bundespräsident,
sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin
und alle, die wollen, dass Auschwitz nie
wieder sei!**

Wo stehen wir – dieses Land, diese Gesellschaft – 75 Jahre nach der Befreiung des KZ Auschwitz durch die Rote Armee?

Plötzlich gab es keine Nazis mehr, damals, 1945 – alle waren verschwunden. Uns aber hat Auschwitz nicht verlassen. Die Gesichter der Todgeweihten, die in die Gaskammern getrieben wurden, die Gerüche blieben, die Bilder, immer den Tod vor Augen, die Alpträume in den Nächten.

Wir haben das große Schweigen nach 1945 erlebt – und wie das Unrecht – das mörderische NS-Unrecht – so akzeptiert wurde. Dann erlebten wir, wie Nazi-Verbrecher davonkommen konnten – als Richter, Lehrer, Beamte im Staatsapparat und in der Regierung Adenauer. Wir lernten schnell: die Nazis waren gar nicht weg.

Die Menschen trauerten um Verlorenes: um geliebte Menschen, um geliebte Orte. Wer aber dachte über die Ursachen dieser Verluste nach, fragte, warum Häuser, Städte, ganze Landstriche verwüstet und zerstört waren, überall in Europa? Wen machten sie verantwortlich für Hunger, Not und Tod?

Dann brach die Eiszeit herein, der Kalte Krieg, der Antikommunismus. Es war ein langer Weg vom kollektiven Beschweigen bis zum Eichmann-Prozess in Jerusalem über die Auschwitz-Prozesse in Frankfurt am Main zu den Studentenprotesten in den

1968ern hin zur Fernsehserie „Holocaust“ ab 1979. Nur zögerlich entwickelte sich das Bewusstsein, die Wahrnehmung des NS-Unrechts. Aber auch die Rechten, die Alt- und Neonazis und Auschwitzleugner formierten sich.

Inzwischen wird vom Erinnern und Gedenken als einer Gedenkkultur gesprochen. Wir spüren, wie tief viele Menschen bewegt sind, manche haben sich das „Nie wieder“ zur Lebensaufgabe gemacht.

Sonntagsreden, die Betroffenheit zeigen, reichen aber nicht. Diese Betroffenheit muss zum Handeln führen, es muss gefragt werden, wie es so weit hat kommen können. Es muss gestritten werden für eine andere, bessere Gesellschaft ohne Diskriminierung, Verfolgung, Antisemitismus, Antiziganismus, ohne Ausländerhass! Nicht nur an Gedenktagen!

Sie, Frau Bundeskanzlerin Merkel haben am 6. Dezember 2019 in der Gedenkstätte KZ Auschwitz-Birkenau gesagt: „Umso klarer und deutlicher müssen wir bekunden: Wir dulden keinen Antisemitismus. [...] Alle Menschen müssen sich bei uns in Deutschland, in Europa, sicher und zu Hause fühlen. [...] Einen Schlussstrich kann es nicht geben – und auch keine Relativierung.“ Diese Aufgabe ist noch nicht erledigt! Und ich füge hinzu: Das sind wir den Millionen Opfern der faschistischen Verbrechen schuldig!

Es ist für uns Überlebende unerträglich, wenn heute wieder Naziparolen gebrüllt werden, wenn Menschen durch die Stra-

im Internet

https://www.goettinger-linke.de/goeblae_2019.php

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

| | |
|-----------------------------|----|
| 8. Mai als Feiertag! | 1 |
| VVN | 2 |
| FG Cuba | 3 |
| DKP | 4 |
| Grobian | 5 |
| DIE LINKE. Termine | 6 |
| DIE LINKE. Kreisverband | 7 |
| Die LINKE. im Kreistag | 8 |
| Rotes Zentrum e.V. | 9 |
| Göttinger Linke | 10 |
| GöLinke Ratsinfo | 11 |
| Forts. 8. Mai als Feiertag! | 12 |

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 06.2020
ist der 22. Mai.
Auslieferung am 28. Mai.

Ben gejagt und bedroht werden, wenn Todeslisten kursieren. Wir wollen uns nicht gewöhnen an Meldungen über antisemitische, rassistische und menschenfeindliche Attacken in Berlin und anderswo, in Halle, wo nur stabile Türen die jüdische Gemeinde schützten, aber zwei Menschen ermordet wurden.

Was können wir tun?

Ich will, dass wir alle aufstehen, wenn Jüdinnen und Juden, wenn Roma oder Sinti, wenn Geflüchtete, wenn Menschen rassistisch beleidigt oder angegriffen werden!

Ich will, dass ein lautes „Nein“ gesagt wird zu Kriegen, zum Waffenhandel. Wer den letzten Krieg vergisst, der bereitet schon den nächsten vor.

Ich will, dass wir gegen die Ausbeutung der Menschen und unseres Planeten kämpfen, Hilfesuchende solidarisch unterstützen und Geflüchtete aus Seenot retten. Eine Gesellschaft muss sich messen lassen an ihrem Umgang mit den Schwächsten.

(...) Fortsetzung auf Seite 12



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

► »Antifaschismus muss gemeinnützig bleiben!«

Gegründet von Überlebenden des Nazi-Terrors, hat sich die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) seit 1947 dem Kampf gegen Rassismus, Rechtsentwicklung und für Toleranz verschrieben. Nun droht der VVN-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) möglicherweise das Aus – denn das Berliner Finanzamt hat der Bundesvereinigung im November rückwirkend die Gemeinnützigkeit entzogen. Die Folgen wären dramatisch: »Es drohen Nachzahlungen bei der Körperschaftsteuer und für spendenbegünstigte Mitgliedsbeiträge, um nur die schlimmsten finanziellen Folgen zu nennen«, erläutert VVN-BdA-Landessprecher Andreas Nolte. Gleichzeitig wurde den Landesvereinigungen Thüringen und Saarland von den dortigen Finanzämtern Anfang des Jahres untersagt, Gelder an die Bundesvereinigung abzuführen. »Sollte es dabei bleiben, gehen ihr die Haupteinnahmen verloren«, mahnt er. »Das würde das Aus für unsere Vereinigung bedeuten.«

Das Berliner Finanzamt begründet seine Entscheidung mit der bayerischen Landesvereinigung, die in den Jahresberichten des bayrischen Verfassungsschutzes als »linksextremistisch beeinflusst« erwähnt wird. Laut der Abgabenordnung für Vereine könne einem Verein die Gemeinnützigkeit entzogen werden, wenn eine Gliederung im Verfassungsschutzbericht auftauche, heißt es. Für die VVN-BdA ist diese Begründung hanebüchen: »Es handelt sich um politisch diskriminierende Behauptungen eines Geheimdienstes, die nicht bewiesen werden müssen, aber materielle Nachteile auslösen sollen«, sagt Nolte. Für verheerend hält er die Umkehr der Beweislast: »Wie zur Zeit der Hexenprozesse sollen wir laut Abgabenordnung unsere ‚Unschuld‘ beweisen. Das geht gar nicht!«

Ausgelöst wurde dieser Mechanismus durch das Bundesfinanzministerium, das die Oberfinanzdirektionen angewiesen hatte, so zu verfahren. Die Bundesvereinigung versucht, im laufenden Widerspruchsverfahren die Gemeinnützigkeit zurückzubekommen.

»Nur wenn der öffentliche Protest gegen den Entzug unserer Gemeinnützigkeit und die Solidarität von vielen Einzelpersonen, Gewerkschaften und Parteien noch deutlicher zum Ausdruck kommt, besteht die Chance, dass die VVN-BdA die Gemeinnützigkeit zurückerhält«, betont Andreas Nolte.

Der DGB-Bundesvorstand und andere gewerkschaftliche Gliederungen solidarisierten sich öffentlich mit der Vereinigung. Andreas Nolte bittet alle Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, sich für die Rückgabe der Gemeinnützigkeit starkzumachen. Die einfachste Möglichkeit ist die Unterzeichnung einer Petition an den Bundestag, damit der Fall dort schnell zur Sprache kommen kann.

Onlinepetition:

www.openpetition.de/petition/online/die-vvn-bda-mussgemeinnuetzig-bleiben

Aktueller Stand (25.04.2020: Vorläufig hat die Aberkennung unserer Gemeinnützigkeit Bestand, aber das Widerspruchsverfahren läuft, eine gerichtliche Entscheidung darüber steht noch aus. Dies hat aktuell schon negative finanzielle Konsequenzen, da die Landesvereinigungen der VVN-BdA keine Beiträge mehr an die Bundesvereinigung abführen dürfen.

► 8. Mai-Gedenken in Göttingen

Unsere Göttinger Gedenkveranstaltung zum 8. Mai 2020 wird leider wegen der Corona-Pandemie und ihrer Folgen nicht stattfinden, schließlich wollen wir keine Menschenleben gefährden und auch die bisher recht erfolgreichen Schutzmaßnahmen gegen die Virusausbreitung in Deutschland nicht durch unbedachtes Handeln konterkarieren. Dennoch möchten wir das Erinnern und die Forderungen zum 75. Jahrestag (s. Seite 1 dieser Ausgabe) irgendwie im öffentlichen Raum sichtbar machen. Derzeit sind wir in Überlegungen, wie so etwas in Einklang mit dem Infektionsschutz ablaufen könnte. Angedacht ist momentan, am Gedenkstein an der Stadtbibliothek im sehr kleinen Kreise (und mit entsprechendem Schutzabstand) am 8. Mai Blumengebinde abzulegen und ggf. ein Transparent dort aufzustellen. So hätten Passanten die Möglichkeit auch in den Tagen danach noch kurz am Gedenkstein zu verweilen und/oder Blumen niederzulegen.

Wir wünschen auf diesem Wege allen Mitgliedern und allen Freunden, unseren antifaschistischen Zeitzeugen

und unseren Bündnispartnern auf diesem Wege weiterhin Gesundheit und viel Kraft, um durch diese Zeit der (notwendigen) Einschränkungen zu kommen. Wir werden am 8. Mai des nächsten Jahres, so denn die Pandemie bis dahin entsprechend eingedämmt sein sollte, ein deutlich größeres Gedenken durchführen und all das gemeinsam nachholen, was wir uns zum 75. Jahrestag vorgenommen hatten.

Verschiebung Bundeskongress

von Axel Holz, Cornelia Kerth, 15. April 2020

Schweren Herzens müssen wir aufgrund der Corona-Pandemie unseren für den 23. und 24. Mai in Frankfurt/Main geplanten Bundeskongress und die geplante antifaschistische Revue auf 2021 verschieben.

Es ist derzeit nicht abzusehen, wie lange die Regelungen zu den Kontaktbeschränkungen noch gelten. Man muss aber davon ausgehen, dass es ein „Stu-

fenprogramm“ geben wird, sowohl was die Größenordnung von Veranstaltungen betrifft als auch hinsichtlich der Personengruppen entsprechend ihrer statistischen Gefährdungsprognose. Da wir mit bis zu 300 Delegierten und Gästen unseres Kongresses rechnen und allen auch die Gelegenheit zur Teilnahme geben wollen, wird es sich um eine große Veranstaltung auf engem Raum handeln.

Ein erheblicher Teil unserer Delegierten gehört aufgrund von Alter und/oder gesundheitlichen Belastungen zu den definierten Risikogruppen, für die Beschränkungen noch über einen längeren Zeitraum zu erwarten sind. Auf jeden Fall ist es auch in unserem eigenen Interesse, diese Kameradinnen und Kameraden keinem Risiko auszusetzen.

Eine Veranstaltung dieser Größenordnung hat einigen Vorlauf. Dies betrifft die satzungsgemäße Wahl der Delegierten und Zusendung der Unterlagen, die Einladung von Künstlern und Gästen und die technische Organisation. Deshalb ist es nicht möglich, die Veranstaltung bei eventueller Entspannung der Situation kurzfristig nachzuholen, was auf einen noch zu findenden Termin in 2021 hinausläuft.

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Mitgliederversammlung

bis auf Weiteres keine Mitgliederversammlungen

▶ In Barbados ist das Gesicht der Solidarität zum ersten Mal hauptsächlich weiblich

Kuba hat immer dem Hilfe gewährt, der sie benötigte, weil Solidarität für es ein Prinzip ist und sich aus der tiefen humanistischen Überzeugung heraus ergibt, die ihm das Leben und das beispielhafte Werk des Comandante en Jefe Fidel Castro hinterlassen hat. Autor: Susana Antón | internet@granma.cu

Kuba hat immer dem Hilfe gewährt, der sie benötigte, weil Solidarität für es ein Prinzip ist und sich aus der tiefen humanistischen Überzeugung heraus ergibt, die ihm das Leben und das beispielhafte Werk des Comandante en Jefe Fidel Castro hinterlassen hat.

An diesem Sonntag hat Kuba wieder einmal die in dieser kritischen Zeit mächtigste Armee mobilisiert, sein Gesundheitspersonal. Eine Brigade des für Situationen von Katastrophen und schweren Epidemien ausgebildeten Kontingents Henry Reeve machte sich auf den Weg nach Barbados.

Und auch wenn keine Mission einer anderen gleicht, so unterscheidet sich diese

doch durch zwei besondere Merkmale: Es ist die erste medizinische Brigade, die nach



Barbados geht und sie besteht zum ersten Mal hauptsächlich aus Frauen, mit einem

Universitätsabschluss in Krankenpflege. Die Gruppe besteht aus 101 Krankenpflegern, 95 Frauen und sechs Männern unter der Leitung von Dr. Daimarelis Ortega Rodríguez und sie bildet eine starke Front im Kampf gegen COVID-19 in dem kleinen Land.

Mit Barbados sind es jetzt bereits 15 Brigaden, die Kuba in den letzten Wochen in Länder geschickt hat, die um Hilfe baten, um der tragischen Pandemie zu begegnen, die die Welt heimsucht. Kuba bekräftigt seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit, denn die Solidarität mit anderen Völkern hat es immer als seine Pflicht gegenüber der Menschheit betrachtet.

Europaparlamentarier danken Kuba für seine medizinische Solidarität

Die Gruppe für Freundschaft und Solidarität mit der kubanischen Bevölkerung im Europäischen Parlament begrüßte zutiefst die Entscheidung der kubanischen Regierung, medizinische Brigaden nach Europa zu entsenden, um zur Eindämmung des Pandemie-Ausbruchs COVID19 beizutragen.

„Wir erkennen die Hilfe bei der Eindämmung des Pandemie-Ausbruchs zutiefst an, eine Geste der Solidarität, die den altruistischen Geist einer Bevölkerung demonstriert, das nicht gibt, was übrig bleibt, sondern teilt, was es hat“, sagte die am 19. Juni gebildete Gruppe in einer Erklärung.

Die Parlamentarier lobten die Anwesenheit von fünfzig kubanischen Angehörigen der Gesundheitsberufe der Insel in der angeschlagenen italienischen Region Lombardei und der 40 medizinischen Fachkräfte der Brigade „Henry Reeve“ im Fürstentum Andorra.

Sie erklärten weiter, dass diese Zusammenarbeit in Zeiten der Corona-Pandemie, Teil der Großzügigkeit ist, welche die größte der Antillen charakterisiert. Dieser Einsatz erfolgt trotz der Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade, die die Vereinigten Staaten seit sechs Jahrzehnten verhängt haben.

Die Freundschafts- und Solidaritätsgruppe des Europäischen Parlaments würdigte auch die Unterstützung kubanischer Ärzte für verschiedene lateinamerikanische und karibische Staaten.

„Wir danken dem kubanischen Gesundheitspersonal für die geretteten Leben, ihre Professionalität, den gezeigten Mut und die Liebe, mit der sie ihre humanitäre Arbeit verrichten“, betonten die Abgeordneten. Ebenso zeigten sie sich zufrieden mit dem rekombinanten menschlichen Interferon Alpha 2b, einem Medikament, das von kubanischen Forschern entwickelt wurde und im Kampf gegen die Pandemie in China eingesetzt wurde.

„Die Gruppe hofft, dass die internationale Solidarität auch die Insel erreichen wird, und fordert erneut die Aufhebung der Blockade angesichts der außergewöhnlichen Umstände, die durch den Kampf gegen den Coronavirus entstehen“.

Solidarität mit dem sozialistischen Cuba

Die Freundschaftsgesellschaft hat zusammen mit dem Netzwerk Cuba und Cuba Sí in Absprache mit den kubanischen Partnern zu einer Spendenaktion aufgerufen: „Nach dem totalen Einbruch des Tourismus fehlen Devisen für die Beschaffung von Nahrungsmitteln und zum Aufrechterhalten der wirtschaftlichen Aktivitäten. Uns ist durchaus bewusst, dass auch in unserem Land viele Menschen existentiell von den Folgen der Corona-Pandemie bedroht sind, aber das Potenzial zur Bewältigung dieser Krise ist hierzulande viel größer. Kuba hingegen braucht unsere Unterstützung, um die Folgen der Pandemie zu überwinden“ (aus dem gemeinsamen Aufruf):

**Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba
Stichwort: „Corona“
Bank für Sozialwirtschaft, Köln
IBAN: DE96 3702 0500 0001 2369 00,
Mehr unter www.fgbrdkuba.de**



Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, dkpgoettingende.wordpress.com, goettingen@dkp-niedersachsen.de

▶ Alle Sanktionen aufheben, die den Kampf gegen die Pandemie behindern!

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) hat eine Petition an den Deutschen Bundestag eingereicht, die innerhalb von 48 Stunden bereits mehr als 1.000 Unterstützerinnen und Unterstützer hatte.

Wir fordern den Bundestag und die Bundesregierung auf, mit sofortiger Wirkung:

Alle Sanktionen aufzuheben, die den weltweiten Austausch von Medizingeräten, Gesundheitsprodukten, Medikamenten, Erfahrungen und Vorgehensweisen behindern oder unmöglich machen.

Begründung

Zentrale Beispiele sind die Sanktionen gegen Kuba, Venezuela und die Russische Föderation.

Die Bundesregierung beteiligt sich an diesen politischen Sanktionen, wohl wissend, dass damit u.a. Medikamente in der EU festgesetzt werden, die für die Versorgung von Patienten in Venezuela lebensnotwendig sind. Die Verschärfung der Corona-Pandemie soll die politische Situation in Venezuela verschärfen, soll Venezuela destabilisieren.

Die Sanktionen gegen Kuba behindern das dortige Gesundheitssystem. Sie haben gleichzeitig den Effekt, dass der gleichberechtigte, wissenschaftliche und humanitäre Austausch auch von Medikamenten unterbunden wird. Betroffen ist auch das kubanischen Medikamentes „Interferon alfa-2b«, das derzeit gute Ergebnisse im Kampf gegen Corona anzeigt.

Die Russische Föderation bildet geografisch die Brücke zwischen Europa und Asien. Sie verfügt über große Kenntnisse im Kampf gegen Epidemien. Ein Kampf gegen die weltweite Ausbreitung des Virus ist ohne sie undenkbar. Die bestehenden Sanktionen be- und verhindern das.

Die mangelnde Zusammenarbeit mit der VR China ist ein viertes Beispiel. Die VR China verfügt über die größten Erfahrungen und viele Spezialisten im Kampf

Mitgliederversammlungen im Mai

Bei Redaktionsschluss war noch nicht absehbar, ob unsere MV'en (5. und 19.5.) wieder stattfinden können. Im April haben wir an den normalen Terminen Video- bzw. Telefonkonferenzen gemacht und wollen das auch beibehalten so lange wir uns nicht treffen. Wir benachrichtigen dazu aktuell per mail.

Der Sprecherkreis

gegen das Virus. Die Bundesregierung wird aufgefordert die Hilfsangebote der VR China anzunehmen und die Zusammenarbeit zu intensivieren.

Diese vier Beispiele passen nicht zur notwendigen weltweiten Zusammenarbeit im Kampf gegen Corona. Das muss geändert werden. Weg mit den Sanktionen gegen Venezuela, Russland und Kuba, für die Zusammenarbeit mit der VR China.

Zur Unterzeichnung der Petition geht es hier: <https://www.unsere-zeit.de/alle-sanktionen-aufheben-die-den-kampf-gegen-die-pandemie-behindern-127094/>

▶ Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen,

die Entscheidung wird euch nicht überraschen, sie war in den letzten Tagen leider abzusehen. Bis zum 31. August werden in diesem Land wegen der Corona-Pandemie keine Großveranstaltungen stattfinden.

Der Beschluss der Bundesregierung trifft damit auch das 21. UZ-Pressesfest der DKP, das im August in Dortmund stattfinden sollte.

Die Gliederungen der DKP hatten bereits vor dem offiziellen Verbot von Großveranstaltungen über die Frage diskutiert, ob sich das Fest des Friedens und der

Solidarität weiter organisieren und durchführen lässt.

Die große Mehrheit der Genossinnen und Genossen hatte

ste, Mitwirkende und Helferinnen und Helfer sprachen ebenso gegen ein Festhalten

an dem Termin wie finanzielle Ängste durch gefährdete Jobs, Kurzarbeit und Probleme durch zwangsweise verbrauchte Urlaubstage.

Die Pressefestleitung wird nun gemeinsam mit dem Revierpark in Dortmund einen Ausweichtermin voraussichtlich für das

Jahr 2021 suchen. Denn eins ist sicher: Diese Zeit braucht unser Fest! Sie braucht ein großes Fest des Friedens und der Solidarität!

FÄLLT AUS!



21. UZ-PRESSEFEST VOLKSFEST DER DKP

DAS FEST DES FRIEDENS UND DER SOLIDARITÄT

28. - 30. AUGUST 2020

sich für eine Verschiebung um ein Jahr ausgesprochen. Gesundheitliche Risiken für Gä-

GROBIAN GRONER BÜRGERINITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone.web.de
- ☛ Treffen: Telefonkonferenz donnerstags, 20.00 Uhr



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

▶ **Mietenaktionstag 28. März: Fantasiervolle, virtuelle Aktion „am Markt“!**

Corona geschuldet musste auch der lange vorbereitete Aktionstag ausfallen. Und eigentlich muss z.Zt. alles ausfallen, was etwas mit demokratischem Einsatz zu tun hat. Das Wohnraumbündnis wollte sich damit nicht abfinden und verabredete einen Fototermin.

Nacheinander kamen Mitglieder und Freunde des Bündnisses zum vereinbarten Platz und ließen sich dort mit den mitgebrachten Plakaten und Transparenten, die die Forderungen des Aktionstages beinhalteten, fotografieren. Der Fotograf nutzte diese Bilder und „zauberte“ nebenstehende Montage.

Als Presseerklärung ging diese Fotomontage an die Medien, doch schaffte es das Bündnis nur auf die internetseite des GT. (gs)



▶ **Neu erschienen: „Wohnraum Atlas Göttingen – Wohnungsversorgung und Wohnungspolitik in Göttingen seit 2010“**

Von Dr. Hans-Dieter von Frieling,
Michael Mießner und Robin Marlow

Der Atlas bereitet die Entwicklungen auf dem Göttinger Wohnungsmarkt, Praktiken von Immobilienunternehmen, Miet- und Bodenpreisentwicklungen, die kommunale Wohnungspolitik und die mit diesen Entwicklungen verbundenen sozialräumlichen Prozesse auf. So zeigt der Atlas beispielsweise, dass sich die Sozialleistungsempfänger*innen in der Stadt immer stärker auf wenige Quartiere in Grone und der Weststadt, sowie im nördlichen Geismar konzentrieren (S. 14). Vergleicht man diese Diagnose mit der Entwicklung der Bodenpreise, so wird deutlich, dass die Sozialleistungsempfänger*innen aus den Quartieren mit großen Bodenpreissteigerungen (S. 47), mit denen nicht selten Mieterhöhungen einhergehen, verdrängt werden. Allein dieser Befund verweist darauf, dass eine konsequente städtische Boden- und Sozialpolitik zur Unterstützung der einkommensschwächsten Bevölkerungsgruppen in der Stadt notwendig ist. In mehreren

Kapiteln macht der Atlas bezogen auf die Stadt Göttingen außerdem deutlich, inwiefern die immobilienwirtschaftlichen Geschäftsmodelle und Renditekalkulationen von Immobilienaktiengesellschaften wie Vonovia, aber auch von kleineren Immobiliengesellschaften wie der Bassil Group oder der Kurth-Gruppe, systematisch im Konflikt mit den Interessen der Mieter*innen nach bezahlbaren und guten Wohnraum stehen.

Der Atlas bietet einen verständlichen und anschaulichen Einblick in die Göttinger Wohnungsmarktentwicklungen. Dazu werden einzelne Aspekte in zweiseitigen Kapiteln kurz erläutert und mit vielen Abbildungen veranschaulicht. Der Atlas gliedert sich in sieben Abschnitte, die diese einzelnen Aspekte zu größeren Fragen zusammenfassen. Zunächst werden die grundlegenden Entwicklungen des Göttinger Wohnungsmarktes erläutert. Der zweite Abschnitt widmet sich den Effekten neoliberaler Wohnungspolitik. In einem dritten Schritt stellt er die Auswirkungen investorengetriebener Wohnungsmark-

entwicklung anhand von Beispielen großer Immobilienunternehmen wie Vonovia oder Adler Real Estate, aber auch lokaler Projektentwickler und Investoren dar. Viertens erläutert der Atlas verschiedene wohnungspolitische Strategien zum Umgang mit der Wohnungsfrage und macht deutlich, dass diese die Wohnungsfrage keinesfalls lösen. Fünftens wird diskutiert, welche Effekte die Bodenpreise auf die Miethöhe und die Bezahlbarkeit des Wohnens haben. Sechstens widmet sich der Atlas dem vielfältigen Widerstand gegen die Verschärfung der Wohnungsfrage in den vergangenen zehn Jahren. Abschließend umreißt er Diskussionen und Überlegungen, wie eine bessere, strukturell andere Wohnungspolitik und -wirtschaft gestaltet werden müsste und könnte, die ein „gutes Wohnen für alle“ zuverlässig sicherstellt.

Leider liegt der Atlas nicht als Druckversion vor; er ist hier zu finden:

<https://stadtentwicklunggoettingen.wordpress.com/2020/03/27/wohnraum-atlas-goettingen-erschienen/>



► Neuer Kreistagsabgeordneter Jo Bons

Joachim Bons ist neuer LINKER Kreistagsabgeordneter. Er rückt für Konrad Kelm nach und wird in Zukunft unsere Kreistagsgruppe LINKE/PIRATEN/PARTEI + vor allem im Sozialausschuss vertreten. Er ist auch Sprecher des OV Göttingen

Geboren 1948 in Düsseldorf, lebt Jo Bons seit 1973 in Göttingen. Der gelernte Großhandelskaufmann erwarb über den zweiten Bildungsweg die allgemeine Hochschulreife, studierte in Göttingen Sozialwissenschaften und promovierte zum Dr. disc. Pol. Thema seiner Dissertation war „Nationalsozialismus und Arbeiterfrage“. Zu den Themen Nationalsozialismus und Antisemitismus führt er seit über 25 Jahren Lehraufträge an der Uni Göttingen durch. Der Kampf gegen die neuen Nazis gehört seit langem zu den Schwerpunkten seiner politischen Arbeit wie das Engagement als Gewerkschafter. Seit 2005 war Jo vor allem in der unabhängigen Sozialberatung (ALG II, GSI) tätig und berät auch heute noch Betroffene für die IG Metall. Von Anfang an war Jo ein entschiedener Gegner von Hartz IV als einem Gesetz, das Millionen von Menschen gängelt und dauerhaft in die Armut treibt, sie ihrer Lebenschancen beraubt und zudem Lohndruck auf diejenigen ausübt, die noch in Arbeit sind. Als überzeugter Gewerkschafter

unterstützt er seit langem die Interessenkämpfe der abhängig Beschäftigten. Jo ist als Erwerbslosenvertreter Mitglied des erweiterten Ortsvorstands der IG Metall-Region Südniedersachsen-Harz und für die IG Metall im Vorstand des DGB-Kreisverbandes Göttingen. Gewerkschaftliches Engagement bildet daher einen weiteren Schwerpunkt seiner politischen und sozialen Arbeit - in diesen Bereichen wird auch der Schwerpunkt seiner Arbeit in Kreistag liegen.

„Eins ist mir bei meiner künftigen Arbeit als Mitglied des Kreistages besonders wichtig“, betont Jo Bons „Bei aller Bedeutung der parlamentarischen Arbeit bleibt es dabei, dass nur grundlegende gesellschaftliche Veränderungen weiterhelfen und diese nur realistisch sind, wenn, die vielen Menschen, die jeden Tag den Schaden der kapitalistischen Verhältnisse zu tragen haben, selber aufstehen und sich in sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Bündnissen und außerparlamentarischen Initiativen wehren – gemeinsam und solidarisch.“

► Same Procedure As Last Decade?

Der selbe Ablauf wie im letzten Jahrzehnt? von Edgar Schu

Die neuen SPD-Parteivorsitzenden, Sozialverbände, Gewerkschaften und unsere Partei sind sich derzeit einig, dass große Vermögen besteuert werden müssen. Die öffentlichen Gegenstimmen sind sehr schwach. Aber sollte uns das nicht bekannt vorkommen? Schon zur Bankenkrise 2008/2009 hieß es „Wir zahlen nicht für eure Krise!“. Es wurden ähnliche Forderungen durch ähnliche Bündnisse aufgestellt. Dennoch gingen die Reichen und Mächtigen gestärkt aus der damaligen Krise hervor. Die Masseneinkommen sanken weiter durch geringe Löhne in Leiharbeit und andere irreguläre Beschäftigungen. Ausgaben für das öffentliche Gesundheitssystem wurden noch radikaler zusammengestrichen. Der Wohnungsmarkt und die

gesamte öffentliche Infrastruktur wurden weiter marktgerecht zugerichtet und privatisiert. Nachdem Bankenrettungspakete in dreifacher Milliardenhöhe wie Spielgeld ausgeschüttet worden waren, wurde wieder nach jedem Cent auf dem Konto der Erwerbslosen geforscht und die öffentlichen Kassen waren noch klammer als vorher. Aus der Wut auf all das resultierte jedoch weder die Besteuerung von Vermögen noch wählten viel mehr Leute DIE LINKE. Warum ist das so?

Meine Idee dazu ist, dass DIE LINKE zu wenig erklärt hat, dass die Allgemeinheit, jeder Einzelne, sogar direkte finanzielle Vorteile davon hat, wenn das LINKE Programm umgesetzt wird.

(...) weiter folgende Seite

KV Göttingen/Osterode

Lange Geissmarstraße 2, 37073 Göttingen
Tel.: 05 51 - 29 14 05 46
kreisverband@die-linke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Jugendverband [;solid]:

Mail: [solid\(at\)solid-goettingen.de](mailto:solid(at)solid-goettingen.de) und bei facebook
Homepage: <https://solid-goettingen.de/>

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:
ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Bettina Weigert, Tel. 0175-1948368
rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Marius Fedry, Tel. 0159 01282354

OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz
kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,
37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,
dransfeld@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

E-Mail: Hann.Muenden@die-linke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973
Festnetz: 0551-40137061
eckhardfascher@web.de

AG Antifa

ag-antifa@die-linke-goettingen.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,
Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,
E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0551-486538

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer
E-Mail: SL-Goettingen@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,
E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Elvira Kalusa,
E-Mail: rlc-goettingen@rls-nds.de
<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Kassel Göttingen eG
IBAN DE08 5209 0000 0047 3038 00

DIE LINKE.

Kreisverband Göttingen/Osterode

(...) Fortsetzung von „Same Procedure As Last Decade?“ von Seite 6

Einen gemeinsamen Feind, die Vermögenden, zu haben, nützt nichts, wenn nicht jeder davon sehr konkrete Vorteile hat. Erst dann stünde das Programm der LINKEN mit beiden Füßen auf dem Boden.

Weder die KFZ-Schlosserin will von ihrem geringen Einkommen die bessere Bezahlung eines Krankenpflegers durch Steuererhöhungen mitfinanzieren, noch der Krankenpfleger von seinem die bessere Bezahlung einer kommunal beschäftigten Müllwerkerin, und er will auch nicht mit höheren Zahlungen dafür sorgen, dass unsere Schulen nicht mehr verrotten. Und das müssen sie auch nicht.

Wenn DIE LINKE es nicht lernt, ihre Forderung nach steuerlicher Entlastung der Mehrheit in ihrem Programm ebenso deutlich sichtbar zu machen wie das Einsammeln des Geldes bei den wirklich Reichen, dann wird die Mehrheit sich weiter für neoliberale Strategien der Ausgabenminimierung gewinnen lassen. In der aktuellen Sofortinformation des Parteivorstandes der LINKEN vom 4. April 2020 steht:

„Unter den Bedingungen von **Schuldenbremse** und **Schwarzer Null** – beides lehnen wir als neoliberale Ideologie der Umverteilung von unten nach oben ab - werden wir nach der Bewältigung der Krise eine Diskussion bekommen, wer eigentlich für die ganzen Kosten aufkommen wird. Wir sagen: Die **Vermögensteuer** muss wieder in Kraft gesetzt werden: 5% auf alle Vermögen oberhalb von einer Million Euro. Der **Solidarzuschlag** ist die gerechteste Steuer, die wir derzeit haben: er belastet die hohen Einkommen stark und die niedrigen nicht. Gerade in der Corona-Krise muss er erhalten statt abgeschafft werden. Die **Einkommensteuer** muss so umgestaltet werden, dass der Freibetrag erhöht wird. Die Besteuerung von hohen und Höchsteinkommen wollen wir verschärfen. Anders als Bund und Länder können Kommunen die Ausnahmeregelung der Schuldenbremse nicht nutzen. Wir wollen deshalb einen **Rettungsschirm für die Kommunen**: Übernahme der Altschulden in einen Altschuldenfonds, Ersatz der Steuerausfälle und die Übernahme von

krisenbedingten Mehrausgaben (z.B. bei den Gesundheitsämtern und den Kosten der Unterkunft bei Hartz IV) durch den Bund.“

Abstrakt gesehen ist diese Stellungnahme so richtig. Sogar die von der Parteilinie durchgesetzte Forderung nach Erhöhung des Freibetrags der Einkommensteuer, aus der massive Entlastungen für die große Mehrheit resultieren, ist berücksichtigt. Diese Mehrheit kommt im Text aber nur als höherer „Freibetrag“ der Einkommensteuer vor. Wie soll man sich darin wiederfinden?

Man könnte einwenden, dass dies doch nur eine zusammenfassende Stellungnahme und keine Publikation zum Verteilen auf der Straße sei. Es steht aber beispielhaft für die Öffentlichkeitsarbeit, die unsere Partei seit Jahren macht.

DIE LINKE lohnt sich! Die Mehrheit soll mehr in der Tasche haben! Das weiß aber niemand.

Zwar hat der Parteivorstand pünktlich zur Bundestagswahl 2017, damals etwas zu kurzfristig, das Motiv „DIE LINKE lohnt sich!“ mit eingängigen Comicfiguren und Beispielrechnungen gestalten lassen. Das erschien aber lediglich auf einer Seite, tief versteckt in der Internetpräsenz der Partei. Dieser Inhalt tauchte niemals auf einem Plakat der Bundespartei auf. Seitdem sind fast drei Jahre vergangen. Zwischenzeitlich ist weder eine Aktualisierung des Steuerkonzepts veröffentlicht noch hat irgendeine andere Öffentlichkeitsarbeit in der Richtung stattgefunden.

Die nächste Bundestagswahl ist in rund eineinhalb Jahren. Die Zeit seit 2017 hat der Parteivorstand bereits verschlafen. DIE LINKE will die große Mehrheit stärker entlasten als alle anderen Parteien. Es gibt dazu aber bis heute keine Materialien der Bundespartei, die wir auf der Straße verteilen könnten. Um das zu erreichen, müssen wir offenbar als Kreis- und Landesverband weiter Druck machen, um entsprechende Beschlüsse und Aktivitäten der Bundespartei zu erreichen. Hierfür hoffe ich auf die Unterstützung aller Genoss*innen. Es droht sonst die Fortsetzung der Entwicklungen des vergangenen Jahrzehnts auf der nun verschärften Grundlage.

Jetzt nicht vergessen:
Arznei & Sanitäres für Lesbos!

Für Spenden dankbar wären auch:
 Daniela Dahn, Katja Ebstein,
 Claudia Roth, Diether Dehm,
 Wolfgang Schorlau, Konstantin Wecker

Spendenkonto:
Verein für Gegenöffentlichkeit in Internetportalen e.V.
 Stichwort: Lesbos
 IBAN: DE07 5005 0201 0200 6042 60
 BIC: HELADEF1822

Foto: Rosa Maria Rankl / CC BY-SA



DIE LINKE. im Kreistag Göttingen

► Kreistag und Corona

„Corona wird uns noch mindestens ein Jahr begleiten“ äußerte Landrat Bernhard Reuter und er wird wohl Recht behalten.

Bis zur Kreistagsitzung am 11. März, die noch ohne jegliche Sicherheitsmaßnahmen nach mehreren Ausschusssitzungen stattgefunden hatte, war noch politischer Hochbetrieb. Faktisch ist dann mit dem Wochenende 14./15. März das politische Leben weitgehend erloschen, Veranstaltungen waren auf einmal nicht mehr möglich.

Dann waren Osterferien. Bis dahin musste nur noch ein Ausschuss abgesagt werden. Auch in normalen Zeiten wäre also bis zum Ferienende im Kreistag nicht mehr viel passiert.

Für die zweite Aprilhälfte war dies anders geplant: Die meisten Fachausschüsse sollten tagen und wurden abgesagt. Die Möglichkeit, Treffen digital durchzuführen ist in der Niedersächsischen Kommunalverfassung nicht vorgesehen.

Auch wenn die kommunalen Gremien ausdrücklich vom Versammlungsverbot ausgenommen worden sind, sollten hier keine Risiken eingegangen werden, zumal viele Kreistagsabgeordnete über 60 Jahre sind.

Lediglich der Kreisausschuss tagte im Umlaufverfahren, das heißt die Voten wurden schriftlich abgegeben ohne sich zu treffen. Bereits nach Redaktionsschluss fand die Kreistagsitzung am 29. April statt. Abgesprochen war hier, nur absolut notwendige Entscheidungen zu treffen und den Rest zu vertagen. Auch wurde vereinbart nur in halber Besetzung zu tagen, um überhaupt die Sicherheitsabstände einhalten zu können.

Vor den Sommerferien sind dann ab den 25. Mai wieder zahlreiche Ausschüsse und mindestens eine Kreistagsitzung geplant, ob dies so stattfinden wird? Eher nicht.

Immerhin hielt es der Landrat für erforderlich in einer Telefonkonferenz mit den

DIE LINKE. im Kreistag Göttingen

Zimmer 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen

tel 0551 - 525 - 108
dielinke@landkreisgoettingen.de
www.dielinke-goettingen.de

Fraktionsvorsitzenden, diese ausführlich zu informieren.

Wie kommunizieren ohne sich persönlich zu treffen. Neben dem guten alten Telefon, war es für uns LINKE Kreistagsabgeordnete eine Umstellung Sitzungen über Internet durchzuführen.

Wie die Verwaltungsspitze und die sie tragenden Parteien in Coronazeiten mit Kritik oder kritischen Fragen umgehen, werden wir nach der Kreistagsitzung beurteilen können.

Während die Politik im Dämmerzustand ist, herrscht verwaltungsseitig Hochbetrieb. Es gibt einen Krisenstab, der sich täglich inklusive des Wochenendes trifft, auch tägliche Koordinationstreffen mit der Stadt Göttingen, da es ein gemeinsames Gesundheitsamt gibt.

► Entwicklung von Corona im Landkreis

Ein erster offizieller Coronafall ist am 10. März im Altkreis Osterode bekannt geworden, am 14. erreichte Corona dann Göttingen. Von Beginn an zeigte sich ein eindeutiger Schwerpunkt im Altkreis Osterode. Bis zum Monatsende stiegen die offizielle Zahl der Corona-Infizierten auf etwa 200 an, davon lebten mehr als die Hälfte im Altkreis Osterode, der nur über etwas weniger als ein Fünftel der Einwohner des Landkreises verfügt sowie rund ein Viertel in der Stadt Göttingen.

Es verwundert sicherlich, dass die Stadt Göttingen mit ihrer Universität vergleichsweise glimpflich davon kommt und sich im Osterode ein Hotspot entwickelt hat. Es wird vermutet, dass winter-sportbegeisterte Harzer das Virus aus Tirol mitgebracht haben, zumal mehrere Reisegruppen dort unterwegs waren.

Tote gab es im März noch nicht, dafür aber umso massiver ab dem 2. April, am 23. April waren es 39 Todesfälle.

Das Virus, das zuvor eher aktive jüngere Menschen angegriffen hatte, war in den Krankenhäusern und Altersheimen angekommen.

Im Altkreis Osterode wiederum ist vor allem die Stadt Herzberg mit Hattorf betroffen, in der im April rund die Hälfte der im Altkreis Osterode Infizierten leben. Im April steigt bis Redaktionsschluss die Zahl der Infizierten im Altkreis Osterode überproportional, während es sich im übrigen Kreis wie auch im Bundesgebiet deutlich verlangsamt und es in der Woche vor Redaktionsschluss nur noch wenige Neuinfektionen gibt. Erwähnenswert ist allerdings, dass aufgrund der Situation in den Altersheimen dort verstärkt Tests durchgeführt werden.

Bedingt auch durch die Neuinfektionen im Kreisteil Osterode sinkt anders als im Bundesdurchschnitt die Zahl der noch nicht genesenen Infizierten erst ab dem 20. April.

Zumindest noch bei Redaktionsschluss lassen sich ab dem 16.4. die täglichen Zahlen der Infizierten für einzelne Gemeinden abends auf der Netzseite der Stadt oder des Kreises nachlesen, während die Todesfälle und die Genesenden nur für den Kreis insgesamt bekannt gegeben werden.

Kapazitätsprobleme in den Krankenhäusern müssen nicht befürchtet werden, auch aufgrund der guten medizinischen Versorgung in Göttingen scheinen wir gut gerüstet zu sein, wobei es bei Redaktionsschluss allerdings auch hier die im ganzen Land üblichen Probleme mit Material, Desinfektion und Sicherheitskleidung gegeben hat. Wir können wohl froh sein, dass unser Gesundheitssystem bisher nicht auf eine solche Probe wie in Norditalien oder New York gestellt wurde.

Die größte Herausforderung für Landkreis, Städte und Gemeinden wird sicherlich die schrittweise Öffnung der Schulen mit der Einhaltung der Hygiene- und Abstandsregeln.

Rotes Zentrum e.V.

im Lieschen-Vogel-Haus · Lange-Geismar-Straße 2 · 37073 Göttingen

Mail: rotes-zentrum-goettingen@posteo.de

Unser Spendenkonto und das aktuelle Veranstaltungsprogramm senden wir auf Anfrage gerne zu



► (K)eine Buchenwald-Veranstaltung

Am 27. März 2020 sollte im Rahmen des Veranstaltungskalenders im Roten Zentrum ein Abend zum 75. Jahrestag der Selbstbefreiung des Konzentrationslagers Buchenwald am 11. April 1945 stattfinden, veranstaltet vom OV-Göttingen der Partei DIE LINKE und der LeserInneninitiative der Tageszeitung junge Welt. Gast und Referent sollte Ulrich Schneider sein (VVN-BdA + FIR) – auf dieser Veranstaltung sollte auch zu einer gemeinsamen Fahrt zu den Gedenkfeierlichkeiten nach Buchenwald mobilisiert werden.

Am 17. März 2020 haben wir uns dann in Absprache mit dem Referenten entschieden, aufgrund der Unwägbarkeiten in Zusammenhang mit der gegenwärtigen Gesundheitskrise die geplante Veranstaltung abzusagen. Zu dem Zeitpunkt stand auch fest, dass die offiziellen Gedenken in Buchenwald und den anderen Konzentrationslager-Gedenkstätten nicht stattfinden würden. Das vormittägliche „Treffen der Nachkommen“ mit Vorträgen und Kulturprogramm, welches für alle Interessierten offen – und sehr spannend – ist, war zuvor schon abgesagt, auch aufgrund des hohen Alters vieler TeilnehmerInnen.

Der zu diesem Abend vorbereitete Einleitungsvortrag zweier GenossInnen hätte verschiedene Aspekte von Buchenwald diskutiert, u. a. zur Selbstbefreiung, zum sowjetischen Gefangenenlager oder Lebenserinnerungen von ehemaligen Buchenwaldgefangenen wie Emil Carlebach.

Angekündigt war auch der DEFA-Film von Frank Beyer aus dem Jahr 1963 „Nackt unter Wölfen“. Gedreht nach dem gleichnamigen Roman von Bruno Apitz, der selbst als Häftling in Buchenwald 8 Jahre überlebt hat. Dieser Film beschreibt die letzten Monate im Lager, das Auffinden und Verstecken eines kleinen Kindes, das Warten auf die anrückende US-Armee, das Warten auf den richtigen Moment, loszuschlagen und gegen die Schergen zu kämpfen, und schließlich, als die SS abzurücken beginnt, den Moment der Selbstbefreiung und Festnahme der verbliebenen Nazis.

Veranstaltungen waren anlässlich dieses 75. Jahrestages der Selbstbefreiung des Konzentrationslagers Buchenwald also weder in Göttingen noch in Weimar möglich. Was aber möglich war: Individuelles Gedenken mit Kranz- oder Blumenniederlegungen sowie Parolen. Sogar legal! So forderte auch ein Aktionsvorschlag der Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora/Freundeskreis e.V., solches zu tun, dies fotografisch zu dokumentieren und die Bilder an die VVN-Kassel zu schicken.

Hierzu s. auch: <https://www.buchenwald.de/47/date/2020/04/11/individuelles-gedenken/>

Unsere angekündigte Info- und Mobilisierungsveranstaltung ist natürlich nicht völlig abgesagt, sondern nur verschoben: Nächstes Jahr wollen wir sie, mit Ulrich Schneider als Referenten, zu einem

Rotes Zentrum Veranstaltungen im Mai

Am 8. Mai um 19:45 Uhr

Wir alle an unseren Plätzen, in den Herzen vereint, stoßen am Freitag, den 8. Mai 2020 an. Um 19:45 Uhr klingen in den WG-Küchen, auf den Balkonen oder in den Vorgärten die Sektgläser. Am Himmel ein Freudenfeuerwerk. Wir sagen: „Thank you!“, „Merci!“, „Spacibo!“

Alerta! Das antifaschistische Radio aus Göttingen

Seit dem 8. April 2020 sendet Alerta! Radiobeiträge zu Befreiung von Faschismus und Krieg. Am 8. Mai 2020 freuen wir uns auf drei Stunden Diskussionen und Musik zu Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft: <https://derrotefaden.noblogs.org>

Todes juntas contra el fascismo! Alle zusammen gegen den Faschismus

Ausstellung zum Wesen des spanischen Faschismus, zum spanischen Bürgerkrieg, zur Rolle der Frauen im antifranquistischen Widerstand und zu Kontinuitäten des Faschismus in Spanien. Ab dem 8. Mai 2020 im Schaufenster des Roten Zentrums.

ähnlichen Zeitpunkt stattfinden lassen. Und dann im April 2021 gemeinsam nach Buchenwald fahren!





Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

► Versammlungsrecht und Corona

Verschärfte Willkür von Polizei und Verwaltung

Auch wenn es jetzt wieder Aufweichungen gibt, noch vor wenigen Wochen trieben Landesregierung, Kommunalpolitik und Polizei ihre Willkür in Göttingen auf die Spitze: Die Beamten gingen am 5. April gegen die Aktion „Wir hinterlassen Spuren - #LeaveNoOneBehind“ vor dem Neuen Rathaus ohne Gesichtsmasken und ohne Abstand vor. Die Aktivist*innen dagegen standen in weitem Abstand voneinander und hatten sich Mund-Nase-Masken umgebunden.

Am 11.4. wurde eine Aktion von wenigen Menschen mit Gesichtsmasken, die in weitem Abstand voneinander auf den weiten Flächen vor der Justizvollzugsanstalt Rosdorf standen, durch die Polizei brutal aufgelöst. Die Teilnehmer wollten den Gefangenen zeigen, dass sie nicht vergessen sind. Die Polizei handelte erneut wie in den Zeiten ohne Corona: Verfolgen, auf den Boden werfen, mit vollem Einsatz und mit Schnaufen, aber ohne Mund-Nase-Maske!

Auf Grundlage des Infektionsschutzgesetzes wurden also Aktionen, die diesen gar nicht gefährdeten, durch die Polizei angegriffen, die erst durch ihren Angriff den Infektionsschutz massiv verletzte. Dies geschah aber tatsächlich auf Grundlage eines Landeserlasses vom 16.03.20 und seiner Auslegung durch die Göttinger Polizei – wahrscheinlich mit Rückendeckung des Göttinger „Stabs für außerordentliche Ereignisse“, in welchem Stadtverwaltung und Polizei sitzen. Laut Landeserlass sind „Ansammlungen

im Freien (Richtgröße für Ansammlungen: mehr als 10 Personen)“ verboten. Der Göttinger Stab will dabei offensichtlich auch Aktionen von weniger Personen auflösen, sobald diese eine gemeinsame politische Intention haben. So geschehen auf dem Marktplatz vor dem Alten Rathaus: Drei Menschen standen dort im vorgeschriebenen Abstand und hielten Schilder mit der Aufschrift „Seenotrettung Jetzt!“ hoch. Nach der Anfahrt mehrerer Mannschaftswagen gingen drei (!) Polizisten zu den Aktivist*innen hin und teilten ihnen auch nach Rückfrage bei der Einsatzleitung mit, dass sie ihre Aktion sofort beenden müssten, aus Gründen des Infektionsschutzes. Gefragt, warum die Polizei trotz Kontaktverbotes zu dritt herumlaufe - wie es im Einsatzalltag der Fall ist, selbstverständlich immer in unterschiedlichen Konstellationen - kam die Antwort: „Für Rettungskräfte und Polizei gilt das Infektionsschutzgesetz nicht. Das ließe sich auch im Mannschaftswagen gar nicht einhalten.“

Die pauschale Negierung der Versammlungsfreiheit musste beendet werden, nachdem sich im ganzen Bundesgebiet Gerichte mit den Regelungen der Länder und Kommunen auseinandergesetzt haben. Seit dem 17.4. gilt auch für Göttingen, dass „Versammlungen von bis zu 30 Personen, die einen Sicherheitsabstand einhalten, wieder durch das Versammlungsgesetz gedeckt“ sind. Diese beiläufige Bemerkung im

Kontakte:

Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:

Thomas Bahrs, Dr. Eckhard Fascher,
Oliver Preuß, Bärbel Safieh,
Dr. Christian Schüler, Christa Siebecke

Kassierer:

Gunnar Siebecke

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon: 0551- 400 2347

GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:

Mo. 09:00 – 12:30 Uhr
Mi. 14:00 – 17:00 Uhr
Do. 13:00 – 17:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Rolf Ralle (Fraktionsvorsitzender)
Bärbel Safieh
Edgar Schu

GT vom 18.04. ist die einzige Printveröffentlichung, die bisher zu den Veränderungen zu finden ist.

Nach den Repressionsexzessen der letzten Wochen gilt es also, in der kommenden Zeit kreativ Wege zu finden, auch mit einer überschaubaren Personenanzahl das Grundrecht der Versammlungsfreiheit mit Inhalt zu füllen.

esch

► Keine Bewaffnung der Drohnen der Bundeswehr!

Das Göttinger Friedensforum hat sich Ende April mit einem Brief an die Göttinger Bundestagsabgeordneten gewandt.

Anlass des Schreibens war die Ankündigung von Bundesverteidigungsministerin Kamp-Knarrenbauer, die Heron-TP-Drohnen zu bewaffnen. Die VerfasserInnen machen deutlich, dass der Koalitionsvertrag der Bundesregierung vorgesehen hatte, eine ausführliche Debatte mit völkerrechtlicher, verfassungsrechtlicher und ethischer Würdigung zu führen. Diese hat bekanntermaßen bisher nicht stattgefunden.

Das Göttinger Friedensforum macht deutlich, dass durch die Bewaffnung der Drohnen die Hemmschwelle zum Töten sinken wird. Die Entwicklung des Drohnenkrieges insbesondere der USA zeuge von einem Weg der Gewalt anstelle ziviler

Konfliktlösungen. Das Völkerrecht wird durch die Möglichkeit, jederzeit und überall risikolos zu töten, immer weiter aufgeweicht. Vor welcher Instanz und vor welchen völkerrechtlichen Normen müssen sich die Beteiligten der Befehlskette tödlicher Drohneneinsätze noch rechtfertigen? Außerdem wird den Schutz der Zivilbevölkerung, der unter anderem als Begründung für den Einsatz militärischer Drohnen angeführt wird, bezweifelt.

Zudem sei die Bewaffnung von militärischen Drohnen ein qualitativ entscheidender Schritt in Richtung einer autonomen Kriegführung, in der Algorithmen so schnell entscheiden, dass dabei menschliche Er-

wägungen, Vernunft und Gewissen keinen Platz haben.

Deshalb muss die Bewaffnung der von Israel geleasteten Drohnen ebenso abgelehnt werden wie eine Beteiligung Deutschlands an Drohneneinsätzen anderer Staaten über die US-Airbase Ramstein.

Gerade die Corona-Pandemie zeigt uns, dass wir unsere Ressourcen für zivile Zwecke einsetzen müssen. Das Göttinger Friedensforum erwartet, dass eine „ausführliche völkerrechtliche, verfassungsrechtliche und ethische Würdigung“ nur zu dem Schluss kommen kann, sich gegen die Bewaffnung von Drohnen der Bundeswehr zu entscheiden. (gusi)

Rede zum Nachtragshaushalt 2020. Von Rolf Ralle

Ich beginne meinen Kommentar zum Nachtragshaushalt mit den aus unserer Sicht positiven Korrekturen. Endlich haben wir es im Rat der Stadt Göttingen geschafft, die Arbeit von „Kore“ mit einer angemessenen Finanzierung für die Mädchenarbeit und den Mädchentreffpunkt zu versehen. An dieser Stelle unser Dank an alle Koremitarbeiterinnen für ihre bisher geleistete Arbeit.

Wir hoffen, dass der Rat heute beschließt die Finanzierungslücke im Haushalt des Kinder- und Jugendtelefons durch einen einmaligen Zuschuss von 13 000,- Euro zu schließen. Für den Doppelhaushalt 21/22 und 22/23 muss auch für diese, für Jugendliche wichtige Organisation eine sichere finanzielle Grundlage geschaffen werden.

Wir haben im Rat mehrheitlich für die Unterstützung der örtlichen Organisation von „Seebrücke“ gestimmt und sind Mitglied in diesem Netzwerk geworden. Leider hat die Zeit bis heute nicht gereicht, um die Gemeinnützigkeit der Organisation anerkannt zu bekommen. Alle formalen Schritte dazu sind von der Organisation erledigt worden, not die Entscheidung steht noch aus. Wir hoffen, dass die Mehrheit des Rates unter dem Vorbehalt, dass die Gemeinnützigkeit anerkannt wird, auch dem Zuschuss von 15 000,-Euro zustimmt.

Das Schulstättenentwicklungskonzept hat in der Bevölkerung für viele Diskussionen gesorgt. Wir haben einen großen Investitionsnachholbedarf, der mehr als 80 Millionen Euro beträgt. Alle die das EHP als Erfolg gefeiert haben können sicherlich erklären, warum.

Den vorliegenden Beschlüssen für den Nachtragshaushalt zum Konzept werden wir zustimmen. Es wird aber für die Haushalte ab 2021 viele Diskussionen darüber geben, welche Reihenfolge der anstehenden Investitionen es für die einzelnen Schulen geben wird. Für uns ist es ganz wichtig, dass im Rahmen dieser Diskussionen die Schulen nicht in den Hintergrund geraten, die nicht die Möglichkeiten wie die Sek I und die Sek II- Schulen haben. Dabei denken wir vor allem an die Grundschulen, die schon mehrere Jahre als Ganztagschulen arbeiten und die inklusive Beschulung durchführen sollen. Sie haben überwiegend nicht die räumliche Ausstattung, die sie für ihre tägliche Arbeit benötigen. Man kann nicht über Jahre täglich improvisieren, wenn man konzeptionell erfolgreich arbeiten soll.

Im Bereich Sport ist es für uns unverständlich, warum Teile des Maschparks verkauft wurden, obwohl es die GÖSF jetzt schon nicht schafft allen Sportvereinen ausreichend Plätze zur Verfügung zu stellen.

Des Weiteren gibt es nach all den Jahren immer noch kein fertiges Konzept für das Städtische Museum, hier verschleppt die Verwaltung mit immer neuen Ausreden.

Ein großes Ärgernis, das auf kein Verständnis bei uns trifft, ist das Verhalten der Verwaltung bei der Wohnraumbeschaffung für Geflüchtete. Wir haben im beschlossenen Haushalt die Summe von 6 Millionen Euro für den Bau von Unterkünften bereitgestellt. Nicht für Massenunterkünfte. Nach den letzten Aussagen der Verwaltung gibt es keine Notwendigkeit mit diesen Mitteln Wohnraum zu schaffen. Wir haben in Göttingen laut Vortrag im letzten Sozialausschuss am Dienstag noch 42 freie Plätze zur Flüchtlingsunterbringung mehr, als wir für die Zuweisungsquote benötigen. Aber glauben sie tatsächlich, dass es angesichts der aktuellen Situation bei diesen Zahlen bleibt?

Sehen sie nicht die Situation im Mittelmeer?

Sehen sie nicht die Situation an der türkisch-griechischen Grenze?

Nehmen sie nicht die Diskussionen über die Aufnahme von Kindern und Jugendlichen war?

Glauben sie wirklich, dass die europäischen Grenzen mit Gewalt abgeriegelt werden können?

Warum beginnen wir nicht mit der Vorbereitung zur Aufnahme von Geflüchteten, die völkerrechtlich legitim bei uns einreisen wollen?

Wer bösartig denkt, wird sofort auf die Idee kommen:

Das ist so gewollt. Wenn denn mehr Flüchtlinge kommen als geplant, müssen wir eine Massenunterkunft errichten. Wollten wir nicht, aber es bleibt kein anderer Weg. Wir geben unser Bestes!

Ist es das, was wir wollen? Wenn wir Wohnraum schaffen, der nicht von Geflüchteten benötigt wird, haben wir dann Geld verbrannt? - Nein!

Wir haben in Göttingen eine große Nachfrage an bezahlbarem Wohnraum. Wir könnten mit den 6 Millionen Euro einen kleinen Beitrag leisten, dieses für nicht wenige existenzielle Problem zu lindern und die Wohnungen als bezahlbaren Wohnraum anbieten. Deshalb: keine Containerwohnungen, sondern konventionellen Wohnungsbau.

Verfolgen Sie auf dem Wohnungsmarkt die Fusionsbewegungen der großen Immobiliengesellschaften, die den Wohnungsmarkt immer mehr in den Griff bekommen? Wann sind wir bereit, diesem etwas entgegenzusetzen? Wir haben nicht deren finanzielle Möglichkeiten, aber wir haben politische Möglichkeiten, wenn wir denn wollen!

Wir sind gespannt, was die Mehrheiten in diesem Rat aus den bisher beschlossenen Möglichkeiten macht.

Wir können einigen Teilhaushalten zustimmen, werden aber den Gesamtnachtragshaushalt ablehnen.

Kontakt Daten

**Fraktion Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen**
Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon: 0551- 400 2347
goeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:
Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:
Mo: 9:00 – 12:30 Uhr
Di: 13:00 - 17:00 Uhr
Mi: 14:00 – 17:00 Uhr
Do: 13:00 – 17:00 Uhr

(...) Fortsetzung „Aus der Geschichte lernen“ von Seite 1

Ich fordere entschlossenes Handeln gegen das Treiben der Neonazis, denn trotz Grundgesetz und alledem konnten Abgeordnete einer neurechten Partei vom NS als "Vogelschiss in deutscher Geschichte" und vom Holocaust-Gedenkort in Berlin als "Denkmal der Schande" sprechen, konnte der NSU ein Jahrzehnt lang ungestört morden und die Neonazi-Gruppe "Combat 18" frei agieren.

Ich fordere, dass die Diffamierung von Menschen und Organisationen aufhört, die entschlossen gegen rechts handeln. Was ist gemeinnütziger als Antifaschismus? Es ist auch unerträglich, wenn ein paar Antifa-Auf-

kleber in Schulen Anlass für Denunziationen über Petzportale von neurechten Parteien sind. Niemand sollte für antifaschistisches Handeln, für gemeinsame Aktionen gegen den Hass, gegen alte und neue Nazis diskreditiert und verfolgt werden!

Ich fordere: Der 8. Mai muss ein Feiertag werden! Ein Tag, an dem die Befreiung der Menschheit vom NS-Regime gefeiert werden kann. Das ist überfällig seit sieben Jahrzehnten. Und hilft vielleicht, endlich zu begreifen, dass der 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung war, der Niederschlagung des NS-Regimes. Wie viele andere aus den Konzentrationslagern wurde auch ich auf

den Todesmarsch getrieben. Erst Anfang Mai wurden wir von amerikanischen und russischen Soldaten befreit. Am 8. Mai wäre dann Gelegenheit, über die großen Hoffnungen der Menschheit nachzudenken: Über Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – und Schwesterlichkeit.

Und dann können wir, dann kann ein Bundespräsident vielleicht irgendwann sagen: Wir haben aus der Geschichte gelernt. Die Deutschen haben die entscheidende Lektion gelernt.

Mit freundlichen Grüßen
Esther Bejarano (Vorsitzende)
Auschwitz-Komitee in der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Online-Petition:

▶ 8. Mai soll ein bundesweiter, gesetzlicher Feiertag werden!

Es gibt zur Forderung, den 8. Mai zum gesetzlichen Feiertag zu erklären, seit einigen Wochen eine Online-Petition, die jede und jeder, der/dem das Thema ein politisches Anliegen ist, bitte unterzeichnen möge. Die Petition, die von Esther Bejarano und der Bundesvereinigung der VVN-BdA gestartet wurde, haben bereits über 56.000 Menschen unterzeichnet. Sie ist zu finden unter: <http://www.change.org/8mai>

Hier der **Wortlaut der Petition**: »Ich überlebte als Mitglied des „Mädchenorchesters“ das deutsche Vernichtungslager Auschwitz und konnte vor 75 Jahren auf dem Todesmarsch der Häftlinge des KZ-Ravensbrück der SS entkommen. Ich bin Vorsitzende des Auschwitz-Komitees in der BRD e.V und Ehrenpräsidentin der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“.

Ich fordere: Der 8. Mai muss ein Feiertag werden! Ein Tag, an dem die Befreiung der Menschheit vom NS-Regime gefeiert werden kann. Das ist überfällig seit sieben Jahrzehnten. Und hilft vielleicht, endlich zu begreifen, dass der 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung war, der Niederschlagung des NS-Regimes. Dies schrieb ich in einem offenen Brief am 26. Januar 2020 „an die Regierenden und alle Menschen, die aus der Geschichte lernen wollen“.

Die militärische Zerschlagung des Faschismus durch die Alliierten, Partisan*innen und Widerstandskämpfer*innen als Befreiung zu begreifen, bedeutet die richtigen Schlüsse zu ziehen und auch so zu handeln. Es ist nicht hinnehmbar, dass 75 Jahre danach extreme Rechte in allen deutschen Parlamenten sitzen und in immer rascherer Folge Mord auf Mord folgt.

Die Lehren des 8. Mai umzusetzen, bedeutet für uns:

- ▶ AfD, NPD und ihre Verbündeten aufzuhalten,
- ▶ das Treiben gewalttätiger und mordender Neonazis zu unterbinden, ihre Netzwerke in Polizei, Bundeswehr aufzudecken und aufzulösen,
- ▶ einzugreifen, wenn Jüdinnen und Juden, Muslime, Roma und Sinti und andere, die nicht in das Weltbild von Nazis passen, beleidigt und angegriffen werden,
- ▶ Geflüchtete in Deutschland aufzunehmen,
- ▶ die Logik des Militärischen zu durchbrechen und Waffenexporte zu verhindern und die Diffamierung und Behinderung demokratischer und antifaschistischer Gruppen und Organisationen durch Geheimdienste und Finanzämter zu beenden.

Sonntagsreden, die Betroffenheit zeigen, reichen nicht. Es muss gestritten werden für die neue Welt des Friedens und der Freiheit, die die befreiten Häftlinge im Schwur von Buchenwald als Auftrag hinterlassen haben. Ein offizieller bundesweiter Feiertag wäre dafür die regelmäßige Verpflichtung. – Nicht nur, aber eben auch an jedem 8. Mai.

Deshalb: Achter Mai – arbeitsfrei! Zeit für Antifaschismus!

Esther Bejarano und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)«



75. Jahrestag der Befreiung des KZ Bergen-Belsen

Am 19. April haben Mitglieder der VVN-BdA aus Niedersachsen und Kolleginnen und Kollegen des DGB-Kreisverbandes Heidekreis eine verkleinerte Gedenkfeier ohne Reden, aber mit Musik, abgehalten, die am letzten Sonntag zu Ehren der ermordeten sowjetischen Kriegsgefangenen im 75. Jahr der Befreiung vom KZ Bergen-Belsen (15. April 1945) auf dem Friedhof bei Hörsten stattfand. Für unsere VVN-BdA Landesvereinigung haben wir dort ein Gesteck niedergelegt.

Im Anschluss daran haben wir auch an einer Kranzniederlegung des DGB-KV Heidekreises auf dem Soldatenfriedhof Essel (bei Schwarmstedt) teilgenommen. Diese fand deshalb dort statt, weil über die Jahrzehnte die örtlichen, regionalen und auch überregionalen Antifaschisten mit Charly Braun an der Spitze die Treffen der Nazi-Nachfolgeorganisationen (wie z.B. die H.I.A.G.) als sog. „Heldengedenkfeiern“ am alljährlichen Volkstrauertag durch zahllose Aktionen und Demonstrationen schließlich „abgeschafft“ haben. Daraus hat sich in den vergangenen Jahren die schöne Tradition entwickelt, auf diesem Soldatenfriedhof einen Kranz des DGB und der antifaschistischen Bewegung niederzulegen, um ein Zeichen gegen Krieg und Faschismus zu setzen.

Im kommenden Jahr sollen die jetzt ausgefallenen 75. Jahrfeiern in Bergen-Belsen wie auch andernorts nachgeholt werden. Die Gedenkfeiern an den Gedenkstätten Bergen-Belsen und Hörsten finden dann 2021 voraussichtlich am Sonntag, dem 18. April statt. Diesen Termin sollten sich alle schon vormerken, damit wir dann auch wieder richtig viele vor Ort sein werden!

◀ Gedenken der VVN-BdA auf dem sowjetischen Kriegsgefangenenfriedhof in Hörsten (Bergen-Belsen) am 19.04.2020 – kleiner und mit physical distancing, aber klarer Positionierung